Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,75 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 12 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom **Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine** (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 40 Pf., Familienanz. 25 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt Alexander, Nr. 4720.

Nr. 31/32. **Berlin**, Sonnabend, 9. August 1919. **Einundfünfzigster Jahrgang.**

Inhalts-Verzeichnis.

Willkommen in der Heimat! — 12. Generalversammlung der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe. — Das Rätesystem in der Reichsverfassung. — Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen. — Arbeit. — Der Wiederaufbau Deutschlands und die Umstellung unserer Wohnungsreform. — Allgemeine Rundschau. — Amtlicher Teil. — Adressenänderungen. — Anzeigen.

Willkommen in der Heimat!

Endlich ist die Zeit gekommen, daß unsere deutschen Brüder, die während des Krieges in der Feinde Hand gefallen sind, uns zurückgegeben werden. Die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen steht in den nächsten Wochen bevor. Nicht alle zusammen, aber nach und nach werden sie die Heimat wiederschauen, nach der sie sich so lange gesehnt haben.

Die körperlichen und die sicherlich noch viel schlimmeren seelischen Qualen, die unsere gefangenen Brüder ausgehalten haben, sind nicht wieder gutzumachen. Was wir Hartes in der Heimat auch über uns haben ergehen lassen müssen, es reicht auch nicht entfernt heran an die Leiden jener Verbannten. Umso größer muß ihre Freude sein, jetzt endlich nach jahrelanger Trennung wieder zu den Ihrigen zurückkehren zu können, zu Weib und Kind, zu den Eltern und den sonstigen Angehörigen, wo sie ebenso sehnsüchtig erwartet und mit offenen Armen empfangen werden. Und wir freuen uns aus tiefster Seele mit ihnen der Rückkehr und rufen ihnen ein herzliches: Willkommen! entgegen.

Freilich mancher der Heimgekehrten wird sich in die völlig umgewandelten Verhältnisse nicht sogleich hineinfinden können. Das vor dem Kriege blühende und von Wohlstand strotzende Deutschland ist arm, bitterarm geworden. Auf viele Annehmlichkeiten, an die wir uns als etwas Selbstverständliches gewöhnt hatten, werden die Zurückgekehrten mit uns verzichten müssen. Und weiter! Die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich völlig verändert. Der alte Obrigkeitsstaat ist beseitigt, aber die neue Staatsform hat noch viele Kinderkrankheiten durchzumachen. Es ist noch lange nicht so bei uns, wie sich der Fernstehende das Leben und Treiben in einem Freistaate vorstellt. An der Besserung der Zustände müssen und werden unsere Heimgekehrten eifrig mitarbeiten.

Zur Linderung der Not, die in viele Familien eingezogen ist, deren Ernährer jahrelang in feindlicher Gefangenschaft hat schmachten müssen, sind wirksame Maßnahmen getroffen. Neben ansehnlichen Mitteln, die durch freiwillige Spenden privatim aufgebracht worden sind, hat die Reichsregierung den Betrag von 150 Millionen Mark für die Kriegsgefangenen zur Verfügung gestellt. Es wird also dafür gesorgt werden, daß die Heimgekehrten über die ersten Schwierigkeiten hinwegkommen, und wo eine besondere Notlage vorhanden ist, auch da kann durch größere Beihilfen beigesprungen werden. Aber diese materielle Hilfe allein genügt nicht. Mancher ist von Kriegsbeginn oder doch seit mehreren Jahren in Gefangenschaft gewesen. Von der Umwälzung, die sich in dieser ganzen Zeit in unserem gesamten Volksleben vollzogen hat, hat er keine oder doch nur eine mangelhafte Vorstellung. Und gerade hier bietet sich für unsere Kollegen eine sehr dankbare Aufgabe. Selbstverständlich müssen diejenigen, die früher zu unserer Organisation gehört haben, ihr wieder zugeführt werden, nicht nur aus agitatorischen Gründen, sondern im wohlverstandenen Interesse der betreffenden Kollegen selbst. Wer früher mit ihnen in freundschaftlichem oder kameradschaftlichem Verkehr gestanden hat, der wird sie aufsuchen und ihnen zu Gemüte führen, daß der Ortsverein weiterbesteht und gewillt ist, seine Interessen mitzuvertreten. Zu jeder Versammlung muß den Heimgekehrten eine besondere Einladung zugestellt werden, damit sie Gelegenheit haben, sich allmählich wieder in das Organisationsleben hineinzufinden. Oftmals werden sie auch des Rats und der tatkräftigen Unterstützung der Kollegen bedürfen. Da muß ihnen stets ein offenes Ohr geliehen werden; niemals dürfen sie vergeblich anklopfen. Das sind wir diesen schwergeprüften Brüdern schuldig. Für das, was sie letzten Endes doch auch für uns in der Fremde gelitten haben, muß ihnen jetzt in der Heimat das Leben so leicht wie möglich gemacht werden.

In diesem Streben wissen wir uns eins mit allen unsern Gewerkvereinskollegen. Mit offenen Armen sehen wir deshalb der Ankunft unserer Kriegsgefangenen entgegen. Wir begrüßen sie gleichzeitig als Helfer beim Aufbau einer besseren Zukunft und rufen ihnen nochmals herzlich entgegen:

Willkommen im deutschen Vaterlande!

Willkommen im Gewerkverein!

12. Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Töpfer, Ziegler und verwandten Berufe.

Seine 12. Generalversammlung hielt der Gewerkverein der Töpfer, Ziegler und verwandter Berufe am Sitze seiner Hauptverwaltung in **Bitterfeld** ab. Am 19. Juli traten die Abgeordneten zu einer kurzen Vorversammlung zusammen, in welcher der Hauptvorsitzende Kollege **Müller**-Bitterfeld bei seiner Eröffnungsansprache zunächst der zahlreichen Opfer des Krieges aus den Reihen des Gewerkvereins an der Front und in der Heimat gedachte und auf den infolge der Revolution gesteigerten brutalen Terrorismus hinwies, der die Entwicklung des Gewerkvereins ungünstig beeinflußte. Den Verhandlungen wohnten die Kollegen Verbandssekretär **Neustedt**-Berlin im Auftrage des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes und die Kollegen **Raab** und **Gräf**-Berlin vom Hauptvorstand des Gewerkvereins der Deutschen Fabrik- und Handarbeiter bei. In das Büro wurden gewählt die Kollegen **Rieger**-Sprottau und **Neugebauer**-Schweidnitz als Vorsitzende und **Monden**-Löwen und **Gerber**-Freiburg als Schriftführer. Nach kurzen Ansprachen der Kollegen **Neustedt** und **Raab**-Berlin begrüßte Kollege **Pauli**-Bitterfeld die Generalversammlung im Namen des Ortsverbandes. Die Einladung des Ortsverbandes zu einem Familienfest am 20. Juli wurde seitens der Delegierten gern entgegengenommen.

Die **Hauptverhandlungen** begannen am Sonntag, den 20. Juli, morgens 9 Uhr, unter Leitung des Kollegen **Rieger**-Sprottau, der in seiner einleitenden Ansprache herzliche Worte der Begrüßung fand. Den **Tätigkeitsbericht** erstattete der geschäftsführende Beamte, Kollege **Peppler**-Bitterfeld. In umfassender Weise schilderte der Bericht die Wirkungen des Krieges, der Revolution und der vom Haß diktierten Friedensbedingungen auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse unseres Vaterlandes und ihren Einfluß auf die Entwicklung der Deutschen Gewerkvereine. In all dieser schweren Zeit hat der Gewerkverein in ständiger Fühlung mit der Verbandsgemeinschaft zur Linderung der Not und zur Besserung der Verhältnisse der Mitglieder gewirkt und beigetragen, teilweise namentlich mit Hilfe der Lokalkassen weit über den gewerkschaftlichen Aufgabenkreis hinaus. Die Unterstützungseinrichtungen haben aber in einzelnen Fällen nicht die Anerkennung gefunden, die sie verdienten. Einzelne Mitglieder haben die Unterstützungen ausgenutzt und sind dann ausgeschieden. Der Terror hat die Dankbarkeit getötet. Seit der Generalversammlung im Jahre 1916 sind die Geschäfte des Gewerkvereins in 30 Hauptvorstandssitzungen und drei außerordentlichen unter Hinzuziehung der auswärtigen Hauptvorstandsmitglieder erledigt worden. Die bewegte Zeit brachte eine gewaltige Steigerung der Arbeit für Geschäftsführung und Hauptvorstand, zumal auch dem geschäftsführenden Beamten die Kassengeschäfte übertragen wurden. Das Zusammenarbeiten der Geschäftsführung, des Hauptvorstandes und der Ortsvereine war ständig ein gutes und ungestörtes. Die Agitationsarbeit wurde durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse stark behindert. Die Ton- und Ziegelindustrie lag sehr darnieder. In der letzten Zeit waren in der Ziegelindustrie gute Erfolge zu verzeichnen, die aber vielfach durch den brutalen Terror der freigewerkschaftlichen Organisationen in Frage gestellt wurden. Der Berichterstatter schilderte dann eingehend die zahlreichen Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, die in allen Orten, in denen der Gewerkverein vertreten war, oftmals auch mit andern Organisationen gemeinsam erfolgreich durchgeführt werden konnten. Einer regen Mitarbeit befleißigte sich auch die Geschäftsführung in der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, die als eine Folge des Burgfriedens, wenigstens in den führenden Kreisen der Industrie und der Arbeiter Verständigungsmöglichkeiten schuf trotz aller Hetzereien Unverantwortlicher. Auch auf die Handwerkerfrage hat der Gewerkverein als Berufsverein sein Augenmerk gelenkt. Das Handwerk hat unter den Wirkungen des Krieges ganz besonders hart gelitten. Seine tatkräftige Förderung durch den Staat sei eine brennende Aufgabe der Gegenwart, die sich auf eine genossenschaftliche Organisation des Handwerks stützen müsse. Die Lehrlingsfrage muß ebenfalls unbedingt geregelt werden. An Stelle der Lehrlingszüchterei muß eine umfassende gründliche Ausbildung der jungen Kräfte des Handwerks treten. Es sei zu begrüßen, daß auf dem Gebiete der Heizungstechnik die wissenschaftlichen Erfahrungen den Meistern und Gesellen durch Kurse zur Kenntnis gebracht werden. Derartige Bestrebungen werde der Gewerkverein immer anerkennen. Mit einem kurzen Ausblick auf die Stellung der Gewerkvereine in der Zu-

dings wurde die Arbeitslosigkeit des Berichtsmonats schärfer hervortreten, wenn viele Betriebe nicht äußerst kurze Arbeitsschichten eingeführt hätten, die ein Durchhalten des Arbeiterstammes ermöglichen. Der andauernde Rohstoff- und Kohlenmangel schließt ja ohnehin in den meisten Fällen einen vollen Betrieb aus. Die Verkehrsschwierigkeiten konnten durch erhöhte Wagengestellung etwas gemildert werden. Hohe Löhne und Gestehungskosten in Verbindung mit geringen Absatzmöglichkeiten bestehen weiter fort. Auch lassen die von Zeit zu Zeit ausbrechenden Kommunistenaufstände, Streiks und Lohnbewegungen das Wirtschaftsleben vorläufig nicht zur Ruhe kommen. Am härtesten lastet auf ihm aber die Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Lage des deutschen Volkes, dessen Erwartungen durch die überaus harten Friedensbedingungen der Entente grausam enttäuscht worden sind.

In den einzelnen Gewerbegruppen ist der Auftragseingang teilweise wesentlich zurückgegangen. Die Hauptindustriezweige befinden sich daher noch in der gleichen ungünstigen wirtschaftlichen Lage wie im Vormonat; neben der Metallindustrie und dem Handelsgewerbe sowie der Industrie der Steine und Erden (Ziegeleien) zeigen das Bau- und besonders das Spinnstoffgewerbe ein wenig erfreuliches Bild. Im Baugewerbe mußte vielfach die Bautätigkeit aus Mangel an Rohstoffen eingestellt werden. Auch das Spinnstoffgewerbe leidet sehr wesentlich unter Rohstoffmangel, der immer bedrohlichere Formen annimmt; die Heereslieferungen sind eingestellt und neue Aufträge für Militärtuche werden nicht mehr erteilt; außerdem ist in der Papiergarnindustrie eine immer schärfere rückläufige Bewegung zu erkennen. Aus verschiedenen Gebieten der Wollindustrie ist bekannt geworden, daß in kurzer Zeit mit einem vollständigen Stillstand aller Betriebe gerechnet werden muß, wenn nicht eine Besserung auf dem Rohstoffmarkt eintreten sollte. Falls die Befürchtungen eintreten, so würden neue Arbeiterentlassungen unvermeidlich sein.

Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. Juni 1919 im Vergleich zum Anfang Mai insgesamt 209 529 oder 3,3 v. H. mehr Mitglieder in Beschäftigung. An der Steigerung der Anzahl der Mitglieder ist das männliche Geschlecht mit 153 191 oder 3,9 v. H. und das weibliche mit 56 3[illegible] oder 2,4 v. H. beteiligt.

Die Berichte der Zentralauskunftsstellen der Arbeitsnachweise zeigen, daß in der Landwirtschaft und im Bergbau nach wie vor eine große Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden ist, der, zumal im Bergbau, nur ein geringes Angebot gegenübersteht. In der Landwirtschaft ist namentlich ein Ueberfluß an Beamten zu bemerken, während ein großer Mangel an geübten Knechten und Mägden besteht, der auch durch die Ueberführung von großstädtischen Arbeitslosen nicht beseitigt werden kann, weil diese nur in beschränktem Maße verwendungsfähig sind. Außerdem wird der Zufluß aus dem Westen und aus anderen Bezirken immer geringer. Die Rückvermittlung von ehemaligen Landarbeiterfamilien scheitert vielfach an dem Mangel geeigneter Wohnungen.

Auf dem Arbeitsmarkt für weibliche Angestellte werden weiterhin in großem Umfang Arbeitskräfte für die Land- und Hauswirtschaft gesucht. Die Zahl der arbeitsuchenden kaufmännischen und Bürohilfskräfte ist noch im Steigen.

Der Arbeitsmarkt für kaufmännische Angestellte weist auch im Berichtsmonat noch eine Erwerbslosigkeit von erheblichem Umfang auf.

* * *

Eine Erhöhung der Pfändbarkeitsgrenze ist mit dem 1. Juli in Kraft getreten. Die diesbezügliche reichsministerielle Verordnung bestimmt, daß Einkommen bis zur Höhe von 2000 Mark jährlich der Beschlagnahme auf Grund privatrechtlicher Ansprüche nicht unterliegen. Sie können also nicht gepfändet werden. Uebersteigt das Einkommen des Schuldners den Betrag von 2000 Mk., so bleibt von der Beschlagnahme noch ein Fünftel des Mehrbetrages frei, jedoch nur bis zum Höchstbetrage von 3000 Mk. Das diese Summe übersteigende Einkommen ist in vollem Umfange pfändbar. Hat der Schuldner dem Ehegatten, auch geschiedenen, Kindern, auch unehelichen oder Verwandten Unterhalt zu gewähren, so bleibt ein Einkommen bis zu 2500 Mk. jährlich frei. Von dem Mehrverdienst sind ferner auch hier ein Fünftel des 2500 Mk. übersteigenden Betrages nicht beschlagnahmefähig, ebenso für jede Person, der der Schuldner Unterhalt zu gewähren hat, ein weiteres Zehntel, höchstens jedoch sechs Zehntel des Mehrbetrages bis zum Höchstbetrag von 4500 Mk.

Der § 850 Absatz 4 der C. P. O. gestattet die sogenannte Kahlpfändung wegen der Unterhaltsbeträge der Verwandten und Ehegatten, mit einer gewissen Einschränkung auch wegen der Unterhaltsansprüche unehelicher Kinder. Diese Bestimmung ist für Schuldner, die Kriegsteilnehmer sind oder waren, für Unterhaltsansprüche aus der Zeit der Kriegsteilnehmerschaft, entsprechend den obigen Bestimmungen eingeschränkt.

Diese Verordnung soll spätestens am 31. Dezember 1920 wieder außer Kraft gesetzt werden.

* * *

7½ Stunden Arbeitszeit im Kalibergbau. Die Frage, ob im Kalibergbau die siebenstündige Schicht unter Tage einschließlich einviertelstündiger Pause nach Anträgen der Organisationsvertreter der Arbeiterschaft eingeführt werden könne, wurde durch die Entscheidung der zur Prüfung dieser Frage ernannten paritätischen Kommission unter dem Vorsitz eines vom Reichsarbeitsminister ernannten Vorsitzenden nach voraufgegangenen Befahrungen von Kohlen- und Kalibergwerken in der Schlußsitzung am 13. d. Mts. verneint. Die Kommission hat entschieden, daß die Schichtzeit im Kalibergbau unter Tage siebeneinhalb Stunden einschließlich einer halben Stunde Pause beträgt, und daß die Einrechnung der halbstündigen Pause in die vorgeschriebene achtstündige Schichtzeit über Tage nicht zulässig ist. Sie hat ferner festgestellt, daß auch diejenigen Belegschaften, welche bereits eine kürzere Schichtzeit verfahren haben, die von der paritätischen Kommission für verbindlich erklärten Schichtzeiten innehalten müssen.

* * *

Von der deutschen Volksversicherung. War einmal etwas Erfreuliches zu hören, empfindet gerade in heutiger Zeit jeder angenehm. Das gilt von dem Geschäftsbericht unserer gemeinnützigen Deutschen Volksversicherung, der der 6. ordentlichen Generalversammlung am 26. Juni d. J. vorlag.

Das Neugeschäft wie auch das finanzielle Ergebnis des Jahres 1918 zeigen erhebliche Fortschritte. Der Ende 1917 einsetzende Aufschwung hat im Berichtsjahre angehalten und einen Neuzugang von 21 941 857 Mk. Versicherungssumme gebracht gegen 6 105 221 Mk. im Vorjahre. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1918 18 126 516 Mark Versicherungssumme und ist inzwischen bis Ende Juni 1919 auf rund 35 Millionen Mark gestiegen. Die günstige finanzielle Entwicklung wird durch die Bilanzen der drei letzten Jahre veranschaulicht. Die Bilanz schloß ab

1916 mit 6 872 411,90 M,
1917 mit 8 323 262,89 M und
1918 mit 11 288 443,62 M

Trotz der Kriegsschäden sowie der erhöhten Sterblichkeit infolge der Grippeepidemie und trotz gesteigerter Geschäftsunkosten infolge der Teuerung kann die Gesellschaft den Versicherten erfreulicherweise 88 962,81 Mk. überweisen gegen 15 318,27 Mk. im Vorjahre.

Aus den Ausführungen des Vorstandes in der Generalversammlung möchten wir hervorheben, daß die Gesellschaft durch rechtzeitige Weitergabe der Kriegsanleihe zu günstigen Bedingungen auch vor größeren Kursverlusten gesichert ist.

Amtlicher Teil.

Quittung

über gezahlte Beträge für die Verbands- und Organkasse pro II. Quartal 1919.

Bauhandwerker: Hauptkasse Mk. 12,—. **Bildhauer:** Hauptkasse 43,80. **Fabrik- und Handarbeiter:** Hauptkasse 3048,70. **Frauen und Mädchen:** Hauptkasse 421,80. Berlin II 4,50. **Gemeindearbeiter:** Hauptkasse 61,14. **Holzarbeiter:** Hauptkasse 679,74. **Konditoren:** Hauptkasse 36,42. **Maler, Lackierer etc.:** Hauptkasse 122,44. **Metallarbeiter:** Hauptkasse 11530,67. Hilchenbach 3,75. **Schneider:** Hauptkasse 480,40. **Schuhmacher und Lederarbeiter:** 10,50. **Textilarbeiter:** Hauptkasse 1469,05. **Töpfer:** Hauptkasse 831,45. **Brauer:** Berlin 112,50, Braunschweig 5,96, Breslau 4,80, Dresden 15,84, Erfurt 7,56, Frankfurt a. M. 9.—, Halle 8,04, Löbau 1,74, Wiesbaden 4,08. **Hotel- und Gastwirtsangestellten:** „Gasterea" Hamburg 47,28. **Verkaufte Drucksachen:** 937,65. **Inserate:** Invalidenbank 269,04. **Privat:** Schneider, Herdorf 5,—. **Summa M. 19684,85.**

Berlin, den 14. Juli 1919.

R. Klein, Verbandskassierer.

Aus dem Verbande.

Bromberg. Am 13. Juli tagte hierselbst eine Konferenz von Vertretern der Gewerkvereinshauptvorstände und der Ortsvereine, die in dem nach dem Friedensvertrag zu Polen kommenden deutschen Gebietsteile liegen. Vertreten waren die Gewerkvereine der Metallarbeiter, Fabrik- und Handarbeiter, Schuhmacher und Lederarbeiter, Holzarbeiter, Töpfer und Ziegler, Schneider und Frauen und Mädchen. Das einleitende Referat hielt der Hauptschriftführer Kollege Körner-Berlin. Er führte aus, daß der einheitliche Standpunkt der Hauptvorstände in der am 4. Juli in Berlin abgehaltenen gemeinsamen Konferenz der sei, daß unsere Gewerkvereinssache unter allen Umständen auch werden muß. Die einmal erworbenen Rechte sollen im abgetrennten Gebiet aufrechterhalten und gefördert den Mitgliedern nicht verloren gehen. Auch im neuen Polenreiche wird versucht werden, die geschäftlichen Arbeiten ebenso wie in anderen Staaten, wo unsere Gewerkvereine vertreten sind, wie in der Schweiz, in Luxemburg, in Böhmen usw. zu erledigen. Wenn nicht besondere Schwierigkeiten eintreten, soll an dem bisherigen Modus festgehalten werden. Nur wenn sich dies nicht möglich machen läßt, wird Kollege Bie[illegible]er von den Metallarbeitern die Regelung der geschäftlichen Arbeiten für alle übernehmen. Auch steht derselbe in allen Gewerkvereinsangelegenheiten gern mit Rat und Tat zur Seite. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Geschäfte in geordneter Weise weiter zu führen. Keineswegs hätten die Kollegen Ursache, der Zukunft mit Besorgnis entgegenzusehen. Unserer guten Sache, die schon so schwere Stürme ausgehalten hat, wird es gelingen, auch die kommenden Schwierigkeiten zu überwinden. Zum Schluß ermahnte der Redner alle Anwesenden, nun erst recht Schulter an Schulter zu kämpfen und für den weiteren Ausbau der Gewerkvereine einzutreten.

Kollege Sturm als Vertreter des Hauptvorstandes des Gewerkvereins der Schuhmacher und Lederarbeiter schloß sich diesen Ausführungen an und begrüßte das Bestreben, die Gewerkvereinssache einheitlich und kraftvoll weiter zu führen. Die übrigen Redner stellten sich auf denselben Boden. Eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Entschließung fand einmütige Annahme, worauf die Konferenz nach einem begeistert aufgenommenen Schlußwort mit einem Hoch auf die Gewerkvereine geschlossen wurde.

Im Anschluß an diesen Bericht werden die Ortsvereinsvorstände dringend ersucht, mit dem Unterzeichneten zusammen zu wirken, um unsere Organisation zu halten und zu fördern. Kein Kollege darf jetzt abseits stehen oder unschlüssig warten, was die Zukunft bringt. Nur ein Gedanke darf uns beseelen, unsere Gewerkvereine auch unter den veränderten Verhältnissen vorwärts zu bringen. Sämtliche Ortsvereinsvorstände, soweit es sich nicht um Metallarbeitervereine handelt, werden ersucht bei Fertigstellung jedes Vierteljahrsabschlusses mir die Mitgliederzahlen mitzuteilen und welche Schritte notwendig sind zur Hebung unserer Organisation. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, dann braucht uns für die Zukunft nicht bange zu sein.

R. Riebler.

Bromberg, Feldstr. 28 [illegible]

Aenderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Liegnitz. (Ortsverb.) E. Windig, Vorsitzender, Mühlenstr. 3

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren

Die Kernpunkte der sozialen Frage in den Lebensnotwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Von Dr. Rudolf Steiner. Herausgegeben von der Treuhand-Gesellschaft des Goetheanum Dornach, m. b. H., Stuttgart. 2 Mk. Verlag von Greiner u. Pfeiffer in Stuttgart.

Untrüglicher Ratgeber für Pilzsucher. Von Walther Th. Brümm. Verlag Otto Nemmich, München-Leipzig. Preis 2 Mk.

Die gesunkene Kaufkraft des Lohnes und ihre Wiederherstellung. Heft 65 und 66 der Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Verlag von Gustav Fischer, Jena. I. Die Bedeutung der Frage für die deutsche Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Von Prof. Dr. W. Zimmermann. Preis 2,60 Mk. II. Kriegslöhne und -Preise und ihr Einfluß auf Kaufkraft und Lebenskosten. Von Prof. Dr. Adolf Günther. Preis 2,40 Mk.

Sozialisierung und Rätesystem als Mittel zur Verbesserung der Gütererzeugung und -Verteilung (Preis 1,45 Mk.).

Spezialisierung, Typisierung und Normung (Preis 0,70 Mk.), beide von Otto Schulz-Mehrin, Ingenieur. Verlag des Vereins deutscher Ingenieure, Berlin NW. 7.

Haus, Garten, Feld. Ein Führer durch Garten, Haus und Hof für Garten- und Blumenfreunde, Tierzüchter und Tierfreunde, Haus und Familie. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart 1919. Vierteljährlich 6 Hefte. Vierteljahrspreis Mk. 1,20, Probehefte unberechnet.

Technik für alle — Technik und Industrie. Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik, Bergbau usw. Jahrgang 1918/19. H. 11/12. Halbjährlich Mk. 3,60. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart.

Ratgeber für Kriegsbeschädigte von Erich Roßmann. Verlag Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9. Preis 1,50 Mk.

Die Erweiterung der Sozialpolitik zur Kulturpolitik. Von Dr. Bruno Rauecker. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig. Preis geh. 1,20 Mk.

Deutsche und französische Sozialpolitik. Von Dr. Adolf Günther. Verlag von Duncker u. Humblot, München und Leipzig. Preis geh. 2,80 Mk.

Verantwortl. Redakteur: Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221-23. — Druck und Verlag: Gaebecke u. Wallstuel, Berlin W., Potsdamerstr. 118.

trag nun aber zwangsweise auf den ganzen Berufskreis erstreckt werden, so muß auch den Verhältnissen der am Vertragsschluß nicht beteiligten Kreise Rechnung getragen werden, wenn nicht ganze Industriezweige zum Schaden der Allgemeinheit lahmgelegt werden sollen. Das Reichsarbeitsministerium muß daher, bevor es seine Entscheidung trifft, in eine eingehende sachliche Prüfung des Vertrages und der wirtschaftlichen Folgen seiner allgemeinen Verbindlichkeit eintreten und namentlich die oft recht zahlreichen Einwendungen auf ihre Berechtigung prüfen. Dabei müssen auch die mit den örtlichen Verhältnissen vertrauten sachkundigen Stellen gebührend zu Wort kommen. So notwendig auf der einen Seite eine möglichste Beschleunigung des Verfahrens erscheint, so wichtig ist auf der anderen Seite die Zuverlässigkeit der Prüfung. Die Beteiligten können aber ihrerseits erheblich zu einer schnellen Erledigung ihrer Anträge beitragen, wenn sie beim Abschluß der Tarifverträge und bei der Antragstellung folgende Gesichtspunkte beachten:

1. Die Erhebungen von Einwendungen können dadurch vermieden werden, daß an den Tarifvertragsverhandlungen von vornherein alle Verbände beteiligt werden, die mit einer erheblichen Mitgliederzahl interessiert und ernstlich zu Verhandlungen bereit sind.

2. In den Tarifverträgen muß der berufliche und der räumliche Geltungsbereich so klar umschrieben werden, daß Zweifel über die Anwendbarkeit des Vertrages nicht entstehen können.

3. Der Antrag auf allgemeine Verbindlichkeit soll möglichst von allen beteiligten Verbänden gemeinsam gestellt werden.

4. Dem Antrag muß die Urschrift oder eine amtlich beglaubigte Abschrift des Tarifvertrages mit sämtlichen etwa später vereinbarten Aenderungen oder Ergänzungen beigefügt werden. Die Beifügung einer Anzahl weiterer einfacher Abschriften ist empfehlenswert.

5. Die Prüfung des Reichsarbeitsministeriums erstreckt sich namentlich auch auf die Frage, ob der Tarifvertrag in dem Tarifgebiet überwiegende Bedeutung für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen besitzt. Diese Prüfung wird beschleunigt, wenn die Parteien sofort Unterlagen überreichen, die eine Beurteilung dieser Frage gestatten. Es kommen hierbei zum Beispiel gutachtliche Aeußerungen von Gemeindebehörden, Handelskammern oder Gewerbeinspektionen, Vorlage von Mitgliederverzeichnissen und ähnliche Nachweise in Frage.

Arbeit.

Von Karl Keßler, Gelsenkirchen.

> Die Schafe gehen aus drei Gründen herdenweis. Erstens, weil sie von geselligem Temperament sind und gern miteinander laufen; zweitens wegen ihrer Feigheit, denn sie fürchten sich, allein zu bleiben; drittens, weil die Mehrzahl von ihnen sprichwörtlich kurzsichtig ist und ihren Weg nicht selbst zu wählen versteht. Die Schafe sehen in der Tat so viel als gar nichts und würden an einem himmlischen Lichte und einer gescheuerten Zinnkanne weiter nichts bemerken, als daß sie von beiden geblendet werden und daß beide einen unaussprechlichen Glanz ausstrahlen.
>
> Wie ähnlich sind ihnen in allen diesen Beziehungen ihre der Menschengattung angehörigen Mitgeschöpfe! Auch die Menschen sind wie wir gleich von vornherein behaupteten, gesellig und ziehen gern herdenweis; zweitens sind sie auch furchtsam und bleiben sich nicht gern allein überlassen; und drittens und vor allen Dingen sind sie fast bis zur Blindheit kurzsichtig. Carlyle.

Schwarze Massen, Millionen von Menschen wälzen sich Tag für Tag in die Tore unserer Industrie. Menschen, die kein eigenes Gesicht zeigen. Splinte in dem großen Rädergetriebe. Gekettet an die Maschinen, getrieben von dieser mechanischen Weltordnung, die Proletarier des 20. Jahrhunderts. Mit kalter Hand das Leben des Einzelnen beiseite setzend, surrend, stampfend, fauchend täuscht die ganze Mechanik ein Leben vor, während die Seele des Arbeiters, des Handlangers der Technik, verdorrt. Acht Stunden werden die Gedanken in Bann gehalten. Wehe dem Unglücklichen, der seine Gedanken nicht im Zaume behalten kann! Ein Griff daneben und . .

Nach Schluß der Arbeit speien die Werke diese Millionen von Menschen wieder hinaus, welche sich nun in die Kasernen der Großstadt ergießen. In mehr oder minder engen Wohnungen werden die Ruhestunden zugebracht.

Seitdem der Achtstundentag eingeführt wurde, haben die Arbeiter etwas mehr von ihrem Leben. Jetzt müssen aber alle Kräfte zusammenwirken, daß der Arbeiter auch für seinen stumpf gewordenen Geist etwas in der freien Zeit findet. Bei manchem alt gewordenen Arbeiter, wo der Geist dank der eintönigen Arbeit eingerostet ist, wird nicht viel zu machen sein. Die Arbeiter in den mittleren und jüngeren Jahren aber müssen mehr als bisher lernen, ihren Geist zu gebrauchen. Wir alle müssen mit dafür sorgen, daß die freie Zeit gut angewandt wird. Kino und Tingeltangel sind nicht die geeigneten Stätten, ein frohes, freies und gesundes Geschlecht zu erziehen.

Viele Arbeiter haben die Revolution als eine Lohnbewegung angesehen und doch hat die ganze Sache sie nicht froher gestimmt. Immer noch fühlen sich die Massen bedrückt und unfrei. An der Länge der Arbeitszeit kann es also nicht liegen. Denn mit dem Achtstundentag ist der Traum von Jahrzehnten in Erfüllung gegangen.

An der Fesselung des Geistes, an der geisttötenden Arbeit liegt es, daß die Arbeiter nicht froher und freier gestimmt sind. Gerade dieser freudigen Mitarbeiter aber bedürfen wir, wenn wir wieder aufbauen, wenn wir in wirtschaftlicher Hinsicht Deutschland wieder mit an die Spitze der Länder bringen wollen.

Der Achtstundentag allein kann uns wie gesagt nicht helfen. Pflanzt Hunderttausende hinaus aus den Großstädten, sorgt mit dafür, daß die Wohnungsverhältnisse andere werden, schafft die Menschen ins Grüne, in kleine Häuschen, dann wird die Liebe zur Scholle, zur Natur bei vielen einkehren. Damaschkes Gedanken in der Bodenreform müssen verwirklicht werden und Vielen ist geholfen. Helft dann weiter mit, daß die öden Vergnügungen verschwinden! Nicht die Freude soll verschwinden. Frohe Menschen, Menschen die auch einmal herzlich lachen, können wir immer gebrauchen. Aber helft mit, die Arbeiter den rechten Frohsinn lehren. Helft mit, daß auch die Arbeiterschaft Sinn und Verständnis für Kunst und Wissenschaft hat, daß nicht die seichtesten Veranstaltungen am meisten Zulauf haben!

Eine der weiteren Aufgaben wird sein, unsere Arbeiterschaft auf eine höhere Bildungsstufe zu bringen. Die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge müssen auch dem Arbeiter selbstverständlich sein. Zeitunglesen genügt nicht. Gute und lehrreiche Bücher, Vorträge usw. sollen die Arbeiterschaft mit vorwärts bringen. Möge die Arbeiterschaft die Bestrebungen, die allerorts im Gange sind, nach Kräften unterstützen. Besonders die organisierte Arbeiterschaft hat hier die Pflicht, vorbildlich vorzugehen. Dann können und müssen sich aber auch Tausende aus unsern Reihen mit in der Gewerkvereinsarbeit mehr betätigen. Hier gibt es Arbeit für geistig regsame Kollegen; hier ist eine praktische Schule, wo gleichzeitig Arbeit mit am Volksganzen geleistet wird. Hier werden Menschen erzogen, die keine blind nachtappenden Herdenmenschen sind, sondern Menschen, die eigenes Gesicht haben. Der Herdenmensch, die Masse muß verschwinden: selber denken müssen wir lernen. Die geistige Arbeit, das Denken muß uns zu frohen Menschen machen.

Die mechanische Arbeit ist nicht aus der Welt zu schaffen. Millionen werden ihr Leben lang verurteilt sein, mechanische Arbeit zu verrichten. Aber in der freien Zeit laßt uns denkende Menschen werden! Arbeitet mit in der Organisation! Für Tausende ist dort noch Arbeit. Sie ist die erste Schule die uns freie Menschen schafft. Durch geistige Arbeit vorwärts und aufwärts für das ganze deutsche Volk!

Der Wiederaufbau Deutschlands und die Umstellung unserer Wohnungsreform.

In der bedrängten und namentlich auch finanziell so beengten Lage, in der sich Deutschland befindet, ist es ein selbstverständliches Gebot, daß sich alle Teile unserer Politik, auch der inneren, dem einen großen Ziele der Wiederaufrichtung unseres Vaterlandes ein- und unterordnen, und dieses Gebot gilt selbstverständlich auch für die Wohnungs- und Siedlungsreform.

Da drängt sich nun jetzt ein Gesichtspunkt ganz besonders auf, dessen Beachtung für uns geradezu lebenswichtig ist, nämlich der der Bevölkerungspolitik. Die günstige Entwicklung unserer Volkszahl wird einer der entscheidendsten Faktoren dafür sein, ob wir uns wieder zu Macht und Blüte emporringen, oder ob wir verkümmern. Leider sind auf diesem Gebiete ernste Besorgnisse sehr gerechtfertigt. Unser Volk hat durch den Krieg und alles, was damit zusammenhängt, außerordentliche Menschenverluste erlitten, deren volle Größe erst die kommenden Jahre herausstellen werden, und es ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß auch gegenwärtig die Sterbefälle die Geburten übersteigen. Ferner bedroht uns zweifellos eine beträchtliche Auswanderung.

Nun weist man zwar darauf hin, daß in der Regel gerade nach großen Kriegen die Geburtenzahl stark emporsteigt. Das mag richtig sein für die Vergangenheit. Wird es aber auch richtig sein für die Zukunft, für unsere Zukunft? Es ist zu bedenken, daß doch erst neuerdings die gewollte Beschränkung der Kinderzahl bei uns ihre gefahrdrohende große Verbreitung gefunden hat und daß der ungeheure wirtschaftliche Druck, der in den nächsten Jahrzehnten auf uns liegen wird, zu dieser Beschränkung noch besonders antreibt. Auf diese Weise sind wir aber von der Gefahr nicht nur einer augenblicklichen, sondern einer dauernden Niedrighaltung unserer Geburtenziffer und unserer Volkszahl bedroht. Deshalb muß alles geschehen, um den besonderen Druck, der auf denjenigen Familien liegt, die zahlreiche Kinder besitzen, so sehr wie nur irgend möglich zu erleichtern. Mit der schlimmste Druck besteht aber in der außerordentlichen Wohnungsnot, der sich gerade diese Familien dauernd ausgesetzt sehen. Ist es doch eine allbekannte und nicht wegzuleugnende Tatsache, daß gerade kinderreiche Familien die allergrößten Schwierigkeiten haben, überhaupt Wohnungen zu finden, und daß sie mit den engsten, schlechtesten und für Kinder ganz besonders ungeeigneten Wohnungen vorlieb nehmen müssen.

Die Wohnungsreformbewegung hat diesen Verhältnissen ja auch schon seit längerer Zeit ihre Aufmerksamkeit gewidmet und besondere Berücksichtigung der kinderreichen Familien im Wohnungs- und Siedlungswesen verlangt. So hat der Rheinische Verein für Kleinwohnungswesen im Sommer 1917 in einer Denkschrift an das Reichsamt des Innern eine Reihe praktischer Anträge gerichtet. Die Landesversicherungsanstalten haben sich im April 1916 mit diesem Gegenstand eingehender beschäftigt; das Reichs-Versicherungsamt hat im Herbst 1916 den Anstalten bei ihrer Betätigung auf dem Gebiete des Wohnungswesens gewisse Vergünstigungen für die kinderreichen Familien nahegelegt. Der Badische Landeswohnungsverein hat einen größeren Stiftungsfonds zugunsten der Wohnungsbeschaffung für kinderreiche Familien gesammelt u. dergl. m. Ja es sind sogar weittragende Pläne für eine Art Wohnungsversicherung für die kinderreichen Familien aufgestellt worden. Aber all das genügt noch nicht entfernt. Die Frage vor der wir jetzt stehen, ist vielmehr die, ob nicht jetzt unsere ganze Wohnungs- und Siedlungsreform entschlossen und planmäßig überhaupt in erster Linie in den Dienst der Förderung der kinderreichen Familien zu stellen ist. So wichtig die Wohnungsfürsorge auch für die andern Familien ist, so können sich aber diese doch immer noch eher durchhelfen und sie sind auch — wenigstens unter sonst gleichen Umständen — für das Volksganze doch nicht so wichtig wie die kinderreichen Familien.

Will man diesem ganzen Gedanken stattgeben, so würde die Sache praktisch wohl vor allen Dingen darauf hinauslaufen, daß überall da, wo die öffentlichen und halböffentlichen Faktoren durch Hergabe von Land, Geld, Kredit usw. Opfer zugunsten der Wohnungs- und Siedlungsreform bringen, wie z. B. jetzt in so umfassendem Maße bei den öffentlichen Baukostenzuschüssen, diese Opfer planmäßig und organisiert in erster Linie der Wohnungsfürsorge für die kinderreichen Familien zugewandt werden. Angesichts unserer wirtschaftlichen und finanziellen Lage werden solche Opfer in Zukunft doch nur im beschränkten Maße möglich sein, und es ist daher doppelt geboten, sie den besonders wichtigen Zwecken zu widmen. Aber auch bei den anderen Maßregeln der Wohnungsreform wird fast durchweg eine besondere Berücksichtigung und Begünstigung der kinderreichen Familien möglich und angezeigt sein, z. B. bei der Wohnungspflege, bei den sogenannten Wohnungsergänzungen, im Kleingartenwesen und sogar bei den Bebauungsbestimmungen. Kurz, auf fast allen Gebieten der Wohnungs- und Siedlungsreform werden wir uns in Zukunft die ernste Frage vorlegen müssen, ob nicht die Reformmaßregeln in allererster Linie auf die kinderreichen Familien zu konzentrieren sind. Wie wir hören, beschäftigt man sich in den Kreisen des Deutschen Wohnungsausschusses bereits ernstlich mit diesen Dingen, und es ist nicht unwahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit zu einer eingehenderen öffentlichen Erörterung aller dieser Fragen durch den Deutschen Wohnungsausschuß kommt.

kunft, die durch das den Zeitverhältnissen entsprechende Programm festgelegt ist, schloß der Berichterstatter mit Dank für allseitige treue Pflichterfüllung der Hauptvorstandsmitglieder seine interessanten Ausführungen.

Der **Kassenbericht** balanzierte in Ausgaben und Einnahmen mit 21 560 Mk. Das Vermögen beträgt 29 550,71 Mk., der Bestand der Lokalkassen 1876,57 Mk. Nach eingehender Aussprache, in der die Tätigkeit des Hauptvorstandes zur Anerkennung gelangte, wurde dem Geschäftsführer auf Grund des Revisionsberichts Entlastung erteilt.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war die vom Hauptvorstand empfohlene **Angliederung** des Gewerkvereins der Töpfer an den Gewerkverein der Fabrik- und Handarbeiter als besondere Sektion. Diese Frage rief eine sehr lebhafte Debatte hervor, in welcher der Verbandsvertreter die Bedenken der Verbandsleitung zum Ausdruck brachte. Schließlich wurde die Angliederung einstimmig beschlossen. Die Geschäftsstelle in Bitterfeld bleibt bestehen; der geschäftsführende Beamte wird mit übernommen. Auch die einzelnen Ortsvereine sollen bestehen bleiben, damit die Wahrung der besonderen Berufsinteressen besser zum Ausdruck gebracht werden kann. Maßgebend für den Beschluß war die Hoffnung auf eine zentralisierte, erfolgreichere Agitationstätigkeit und die Erringung eines größeren Einflusses auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Durch die Annahme des Angliederungsvertrages, der die Rechte der alten Mitglieder durchaus berücksichtigt und wahrt, erübrigen sich die weiteren Punkte der Tagesordnung.

Es gelangte dann der **Kassenbericht der Krankenkasse** zur Kenntnis der Generalversammlung, der mit 31 8[illegible]0 Mk. in Einnahmen und Ausgaben balanzierte. Das Vermögen beträgt 72 222,52 Mk. Auch die Verschmelzung der beiderseitigen Krankenkassen wurde einstimmig beschlossen. Auch in diesem Uebernahmevertrag sind die Rechte der bisherigen Mitglieder durchaus geschützt und gesichert. Die Angliederung erfolgt am 1. Oktober.

In den üblichen Schlußreden kam seitens der Delegierten, die sich wohl nie auf Generalversammlungen wiedersehen werden, eine ergreifende Anhänglichkeit an den Gewerkvereinsgedanken zum Ausdruck. Man konnte den alten bewährten Kollegen den Schmerz des Abschiedes nachfühlen. Sie treten nun von der Spitze des Gewerkvereins zurück in Reih und Glied und gelobten in treuer Pflichterfüllung auch in Zukunft für die Organisation einzutreten und die Sektion der Töpfer und Ziegler als recht starkes und erfolgreich tätiges Glied des Gewerkvereins zu erhalten. Mögen sich diese Hoffnungen im Interesse der Mitglieder und der Verbandsgemeinschaft erfüllen und mögen alle Beteiligten nie vergessen, daß nur ein unermüdliches, zielklares, von unerschütterlicher Ueberzeugungstreue getragenes Wirken die Gewerkvereinsbewegung vorwärts bringen kann!

Das Rätesystem in der Reichsverfassung. *)

I.

Wir stimmen dem Herrn Vorredner, dem Herrn Abg. Dr. Delbrück durchaus darin zu, daß der Rätegedanke, sowie er hier in der Verfassung „verankert" — wie man ja heutzutage sagt — werden soll, ein Ansatz ist, von dem zu erwarten ist, daß er uns alle und die zukünftige Gesetzgebung noch in recht ausgiebiger Weise beschäftigen wird. Gerade weil ich dem Grundgedanken, der darin liegt, sympathisch gegenüberstehe, bedauere ich die Art und Weise, wie diese Frage jetzt in den letzten Monaten in den Vordergrund getreten ist. Ich bedauere den Anlaß, aus dem dieser Gedanke in die Gesetzgebung, in die Verfassung hineingetragen wird, weil dadurch nach außen hin der Eindruck erweckt ist, daß der Antrag gewissermaßen aus dem Zwange der Straße heraus von der Regierung eingebracht worden wäre und weil aus diesem Scheine heraus manche Widerstände gegen den Grundgedanken entstehen können und entstanden sind, obwohl der Gedanke an sich, wie ich glaube, durchaus nützlich und zweckmäßig sein kann.

Meine politischen Freunde lehnen vor allen Dingen es ab, diesen Räten irgendwie geartete politische Rechte zu geben. Wir glauben, daß wir auf einem solchen Wege nicht mitgehen können. Diejenigen, die den Räten alle Macht zuerkennen wollen, die alle Verwaltungen und alle Gesetzgebungen in die Hände der Räte legen wollen, sind in bezug auf den Ausbau ihres Gedankens noch so unklar und so ziellos, daß man immer, wenn man sich in die Literatur hineinversenkt, darüber staunt, wie eine derart weitgehende Forderung aufgestellt werden kann, ohne daß man sich auch nur im Mindesten über das klar ist, was aus dieser Forderung werden soll. Die Herren, die diesen Gedanken vertreten, haben sich gegenseitig in ihren verschiedenen Zeitschriften als Leute dargestellt, die über den Rätegedanken so schreiben und urteilen, wie junge Verliebte sich gegenseitig Briefe schreiben, ohne sich über ihr wirkliches inneres Verhältnis klar zu sein. Für diese Kreise ist der Gedanke der Räte immer noch ein Schlagwort geblieben, das zwar augenblicklich noch seine Wirkung tut, von dem wir aber überzeugt sind, daß es sich sehr bald als ein solches leeres Schlagwort erweisen wird. Wir lehnen infolgedessen die Erteilung von politischen Rechten, wir lehnen vor allen Dingen die Diktatur von unten, die in diesen Räten verkündet wird, unumwunden und ohne jede Konzession ab. Dieser Weg ist für uns ungangbar. Wie wir uns darüber freuen, und wie wir Jahrzehnte lang gegen eine Gewaltpolitik von oben gekämpft haben, so wollen wir sie jetzt, nachdem wir uns die Demokratie errungen zu haben glauben, nicht durch eine Gewaltpolitik von unten ersetzen. Wer diesen Gedankengang vertritt und vor allen Dingen die am weitesten links stehende Gruppe, sieht ja in diesem politischen Rätegedanken eine Einrichtung, die Parlament und Verwaltung ersetzen soll, ohne daß sie sich, wie ich schon sagte, bisher darüber klar geworden ist, wie das werden soll. Es liegt in dem Plane, der von dieser Seite vertreten wird, wenn man sich mit einiger Mühe darin versenkt hat, ein Gedanke, der zunächst fesselnd erscheint, den auch wir nicht ohne weiteres ablehnen mochten, nämlich der Versuch, auch unter den heutigen Verhältnissen jedem einzelnen Volksgenossen die Möglichkeit zu geben, sich an der Selbstverwaltung zu beteiligen und durch eine regelmäßige Beteiligung an der Selbstverwaltung Einblick zu gewinnen in das ganze Getriebe des Staates und der Gemeinden.

Man denkt sich hier gewissermaßen die Verhältnisse wiederkehrend, wie sie in den antiken Staaten geherrscht haben, wo aber in dieser Richtung ganz andere Verhältnisse waren, wo auf einer breiten rechtlosen Sklavenschicht eine verhältnismäßig schmale Herrenschicht, gebildet und besitzend, in der Lage war, sich regelmäßig an der Verwaltung zu beteiligen. Das ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich, einmal wegen der Masse, die in Frage kommt, zweitens aber auch und hauptsächlich wegen der ganz unvergleichlich viel größeren und schwierigeren Aufgaben, die Staat, Gemeinden usw. übernommen haben gegenüber den damaligen Zuständen. Diesen idealen Inhalt des Rätegedankens halten wir also für eine glatte Unmöglichkeit, soweit er eben alle Macht und allen Einfluß in die Hände dieser Räte legen will. Das Ziel aber, alle Staatsbürger an den öffentlichen Arbeiten selbst verantwortlich teilnehmen zu lassen, ist uns sympathisch. Dieser demokratisch-liberale Grundsatz findet stets bei uns Förderung.

Wir lehnen aber die Räte auch ab als **Kontrollorgan**, wie sie von anderer Seite vorgeschlagen worden sind. Der Gedanke, die Räte so auszubauen, daß sie neben jedem anderen bereits bestehenden Parlament nun noch als ein besonderes Kontrollparlament erscheinen sollen, scheint uns mit der Demokratie unvereinbar zu sein. Wir erblicken die Aufgabe und das Ziel der Demokratie nicht darin, neben jeden, der im demokratischen Staate eine leitende Stelle hat, einen Gendarmen, einen Unteroffizier, einen Antreiber oder irgend jemand hinzusetzen, der auf ihn aufpaßt und achtet, sondern wir sind der Ansicht, daß der demokratische Staat zu seinen Führern Vertrauen haben muß. Erweisen sie sich dieses Vertrauens nicht würdig, dann sollen sie ersetzt werden. Aber wir glauben nicht, daß man auf dem Wege zum Ziele kommen kann, nun unseren Verwaltungsapparat zu verdoppeln und verdreifachen durch ein ungeheures Kontrollsystem, wie es im Rahmen dieser Form des Rätegedankens sich ganz notwendig ergeben würde.

Dabei sind wir durchaus nicht der Ansicht, daß das Parlament und die Demokratie in der heutigen Form nun das letzte Wort in der demokratischen Entwicklung wären, sondern wir sind ganz und gar der Anschauung, daß sich auf diesem Gebiete weitere Ansätze und Entwicklungsmöglichkeiten zeigen und durchsetzen werden. Aber, meine Damen und Herren, es scheint uns, daß nun, nachdem wir Jahrzehntelang für die Demokratie gekämpft und sie jetzt erst erreicht haben, dies nicht gerade der richtige Augenblick ist, neue Experimente zu machen. Wir stehen auch den schwachen Seiten der Demokratie, auch den schwachen Seiten des Parlamentarismus durchaus mit offenen Augen gegenüber, und wir sind jederzeit bereit, zu prüfen wenn uns in der Richtung aus der Erfahrung etwas Besseres entgegengebracht wird. Aber wir können es nicht mit unseren Anschauungen vereinigen, nun, nachdem wir ein paar Monate die demokratischen Formen haben, sie nun durch ein großes System von den verschiedenartigsten Kontrollen wieder unmöglich zu machen. Wenn diese verschiedenen Kontrollorgane neben die Gemeindeorgane, neben die Provinziallandtage, die Staatenlandtage und das Reichsparlament gesetzt werden, würde die Wirkung zunächst in der Hauptsache die sein, daß man dann neben jedes Haus, in dem ja heute schon in der Regel viel geredet wird, ein Haus setzte, in dem mindestens ebenso viel geredet würde. Wir erblicken den Zweck der Demokratie nicht in der Rederitis, sondern sehen ihn darin, daß die demokratischen Organe zu fruchtbaren Leistungen und Taten kommen. Wir können also die Räte als Ergänzung zu der sogenannten normalen Demokratie als Kontrolle derselben nicht anerkennen. Wir lehnen überhaupt den Gedanken ab, daß die Demokratie, wie wir sie heute haben, eine rein zahlenmäßige Gleichstellung der Menschen herbeiführt, sondern wir sehen in dem demokratischen Staatsgedanken das eine, daß der Mensch nicht in erster Linie Schlosser, Schreiner, Landwirt oder sonst was, sondern in erster Linie **Staatsbürger** ist und sein soll. Dieser staatsbürgerliche Gedanke steht für uns an der Spitze, und es kann uns deshalb der Vorwurf nicht treffen, daß wir die Stimmzettel nur als weiße Zettel betrachten, sondern wir sehen hinter jedem Zettel den Menschen, den Staatsbürger mit seinen Ueberzeugungen, mit seinem Willen und mit seiner Seele.

Dagegen glauben wir, daß es einen Weg gibt, wie wir den Rätegedanken, wie er jetzt in die Verfassung hineingeschrieben werden soll, zu einer nützlichen Einrichtung für das gesamte Staatswesen machen können. Wir sehen in dem Rätegedanken hervorkommen den Wunsch breiter Arbeiterkreise nach **mehr Mitwirkungsrecht und nach mehr Recht überhaupt** im Staatsleben aber auch im Produktionsprozeß, und das erscheint uns das Wesentliche daran. Wir sehen, wenn man will, in diesen Räten ein Aufbegehren der breiten Masse der Bevölkerung, die nicht mehr allein als Masse erkannt und behandelt werden will, sondern sehen aus ihr ein Stück liberalen, individualistischen Ideengangs hervorgehen. Dieser kann auf dem Rätewege in nützliche Taten umgesetzt werden. Deshalb sind wir für die Räte ganz besonders als Organ der **sozialen Selbstbestimmung**, und darin scheint mir ein wesentlicher Wert für die zukünftige Entwicklung zu liegen. Ich bin der Ueberzeugung, daß auch auf diesem Gebiete die nützlichste Arbeit wird geleistet werden.

Es ist gerade aus unseren Kreisen heraus seit Jahrzehnten immer wieder der Gedanke vertreten worden, daß der Arbeitnehmer im Fabrikbetriebe nicht allein das Objekt des Arbeitgebers sein darf. Aus unserem Kreise ist der Satz geprägt und vor langen Jahren von Herrn **Naumann** begründet worden, daß die Industrieuntertanen zum **Industriebürger** werden müssen. Das bedeutet aber, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werden muß, auch auf wirtschaftlichem Gebiet, auch im Betriebe ein wachsendes Maß von Mitverantwortung und Mitbestimmung zu übernehmen. Wir nennen das im Anschluß an die wissenschaftlichen Ausführungen des Herrn **Sinzheimer** das „Recht der sozialen Selbstbestimmung", und darin sehen wir den gesunden Kern und guten Sinn der Räte. Wir glauben, daß auf diesem Gebiete den Räten große und wichtige Aufgaben obliegen. Sie sind das ausführende Organ der industriellen Demokratie, sind das Werkzeug, mit dem die Ideen unserer Vorkämpfer **Hirsch, Naumann, Flesch, Potthoff** erfüllt werden. Bisher war der Gegensatz zwischen Arbeitgebern und -nehmern so scharf, daß, wenn die eine Seite etwas durchführen wollte, es in der Regel scheiterte an dem Mangel an gutem Willen auf der andern Seite. In solchen Fällen wandten die Arbeiter sich an die Staatsgewalt und erheischten ein Eingreifen der Staatsgewalt, damit diese das Mindestmaß von sozialem Schutz durchsetzte. Auf diesem Wege ist unsere Sozialpolitik eine starre, bürokratische Sozialpolitik geworden, die bei den Betroffenen wenig offene Freunde hat. Wir glauben, daß die Räte — ich stimme darin durchaus mit dem überein, was Herr Dr. Delbrück gesagt hat und habe das vor Wochen in der „Sozialen Praxis" dargelegt — daß diese Räte im wesentlichen **paritätisch** zu sein haben, soweit sie über den **Betriebsrat** hinausgehen — daß man ihnen einen großen Teil der staatlichen Sozialpolitik zur Ausführung in die Hände der Selbstverwaltung durch Unternehmer und Arbeiter legen kann. Ich habe mich schon verschiedentlich darüber geäußert und erörtert, welche Dinge in Frage kommen, und bin der Meinung, daß hier die großen Aufgaben für den Rätegedanken liegen.

Allerdings dürfen und wollen wir eines nicht verkennen: Wenn wir auf diesem Wege wichtige neue Rechte an die arbeitende Bevölkerung geben wollen, so klingt das vielleicht vermessen. Es wird uns vielleicht gesagt werden: Ja ihr seht, wie draußen vielfach unnötige Streiks und allerhand anderes veranlaßt wird. Wie könnt ihr Leuten, die derartige Dinge vollbringen und sich von ein paar verantwortungslosen Maulschwätzern in diese Selbstzerfleischung hineintreiben lassen, solche Rechte geben, daß sich Arbeitsgemeinschaft und Arbeiterräte darauf aufbauen?

(Fortsetzung folgt.)

*) Wir geben hier die Rede wieder, die Kollege **Erkelenz** in der Nationalversammlung zur „Verankerung" des Rätewesens in der Verfassung gehalten hat und die sich in ihrem Kern mit seinen Ausführungen auf dem Verbandstage deckt.

Allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen.

Dem Reichsarbeitsministerium sind, wie halbamtlich mitgeteilt wird, in letzter Zeit mehrfach Beschwerden wegen zu langsamer Erledigung von Anträgen auf allgemeine Verbindlichkeit von Tarifverträgen zugegangen. Die Beschwerdeführer sind scheinbar vielfach der Ansicht, es handele sich bei der Verbindlichkeitserklärung nur um eine **Formalität**, die binnen weniger Tage erledigt werden könnte. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen ist eine Maßregel von so einschneidender rechtlicher und wirtschaftlicher Bedeutung, daß ihre unvorsichtige Handhabung die bedenklichsten Folgen zeitigen könnte. Regelmäßig werden die Tarifverträge nur von einem Teile der Beteiligten und häufig gerade von dem wirtschaftlich stärksten Teile abgeschlossen. Die am Abschluß Beteiligten nehmen naturgemäß in erster Linie auf ihre eigenen Interessen Rücksicht, was ja insofern berechtigt erscheint, als der Tarifvertrag zunächst lediglich für sie selbst verbindliche Kraft besitzt. Soll der von ihnen vereinbarte Tarifver-